



# UNS IHREFELD

*Zeitung der DKP Ehrenfeld*



## UNS IHREFELD-WIEDER DA!

Lange hat es gedauert, aber jetzt ist „Uns Ihrfeld“, die Zeitung der DKP Ehrenfeld zurück!

Wenn es zum Normalzustand wird, dass man mehr Zeit wartend auf dem Bahnsteig als in der Bahn verbringt, die Mieten so in die Höhe schießen, dass man ca. 50% seines Gehalts einzig und allein loswird, um überhaupt ein Dach überm Kopf zu haben und demnächst wohl eine Menge der Clubs und Bars schließen müssen, weil sie die neuen GE-MA-Gebühren nicht bezahlen können, dann läuft etwas falsch.

Es gibt eine Menge Probleme in unserem Stadtteil, und diese wollen wir in dieser Zeitung beleuchten.

Wir als Kommunisten gehen diesen Problemen auf den Grund, bekämpfen sie konsequent, und lassen uns von Politikern und Bonzen nicht umgarnen.

Ehrenfeld war einst ein Arbeiterviertel, hier gab es Jobs, bezahlbare Wohnungen, und Nazis waren nie gerne gesehen. Das alles wird immer mehr verdrängt.



Dem stellen wir uns entgegen, unter anderem mit dieser Zeitung.

Aber auch erfreuliches, alles was gut läuft hier, in Köln und auf der ganzen Welt, soll bei uns erwähnt werden.

Wir treten ein für ein lebenswertes, solidarisches Ehrenfeld, und laden Jede und Jeden ein, das mit uns zu tun.

Meinungen, Infos, Fragen und Mitmachen:

Treffen jeden 4. Dienstag im Monat, um 19:30 im Bürgerzentrum Ehrenfeld (Venloerstr. 429)  
DKP Köln, Postfach 300348,  
50733 Köln  
dkp-koeln.de

# KVB-KOMMT VIELLEICHT BALD

*Die KVB werden immer schlechter und teurer-warum?*

Wer in Köln die Straßenbahn benutzt, braucht häufig viel Geduld. Kein Tag vergeht, ohne dass auf den elektronischen Anzeigetafeln von „Fahrplanunregelmäßigkeiten“ die Rede ist. Im Klartext heißt das: eine (oder wenn es schlimm kommt auch mehrere) Bahn(en) fällt (fallen) aus – und wir stehen auf dem Bahnsteig und sind froh, wenn wir in der U-Bahn sind und nicht frieren müssen oder wahlweise nass werden. Manchmal entsinnt sich die Leitstelle der KVB aber auch daran, dass die Lüge nach katholischer Lehre eine Todsünde ist, und schreibt unumwunden: „Folgende Fahrt entfällt.“ Das ist zwar ehrlich, ändert aber nichts daran, dass wir warten müssen. Zugegeben: Im Sommer, als die Linie 5 an der Venloer Straße getrennt wurde und in und aus der Stadt umgestiegen werden musste, war es noch viel schlimmer. An Wochenenden und abends fiel praktisch jede zweite Bahn von und nach Ossendorf aus. Allerdings war es damals wärmer und das Warten fiel zwar nicht leichter, war aber nicht so ungemütlich. Natürlich haben Bahnen, die nicht fahren (da sie auf den Anzeigetafeln trotzdem angezeigt wurden, könnte man mit Recht von Geisterbahnen sprechen), nichts mit dem Fahrpreis zu tun: Man kommt zwar zu spät, zahlt dafür aber einen enorm hohen Preis.

Und wo wir gerade von hohen Preisen sprechen: Auch für den Vorstand der KVB, der aus 4 Herren besteht, zahlen wir alle einen enorm hohen Preis. Im Jahr 2011 bekamen die Herrschaften zusammen 1.327.800 € (neuere Zahlen liegen noch nicht vor). Das diejenigen, die tagtäglich dafür sorgen, dass Bahnen und Busse fahren, die Beschäftigten nämlich, erheblich weniger verdienen, brauchen wir nicht extra zu betonen. Das Personal, genauer gesagt, das fehlende Personal ist übrigens dafür verantwortlich, dass die Fahrgäste so oft im Regen stehen.



Zum einen hat die KVB zu wenig Leute (vielleicht sind daran ja die schlechten Arbeitsbedingungen und die im Vergleich dazu nicht eben fürstlichen Gehälter mitschuldig), zum anderen einen hohen Krankenstand – was u.a. mit auf die Arbeitsbedingungen zurückzuführen ist. Um das Problem zu lösen, fahren jetzt

manchmal Studentinnen oder Studenten die Bahnen. Die sind nämlich viel billiger. Das prickelnde Gefühl, von jemandem chauffiert zu werden, der nur eine Schmalspurausbildung genossen hat, gibt es dafür umsonst.

Keine Frage, die KVB muss besser werden. Und sie sollte ausgebaut werden, mit mehr Fahrten am Abend und am Wochenende und neuen (Bus-)Linien. Und die dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen verdienen bei der Verantwortung, die sie tragen und dem Stress, dem sie tagtäglich ausgesetzt sind, eine vernünftige Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. All das ist wahrscheinlich unumstritten.

Wer soll das aber bezahlen? Wie wäre es mit einer Umlage für den öffentlichen Nahverkehr, die von denen aufzubringen ist, denen Bahnen und Busse jeden Tag die Arbeiter(innen) und Angestellten in die Betriebe und Verwaltungen bringen? Und von denen, die ihre Kunden ins Haus geliefert bekommen, die großen Warenhäuser und Handelsketten also. Würden die für diese Dienstleistung zur Kasse gebeten, hätten wir nicht nur ein vernünftiges Nahverkehrssystem, sondern auch erschwingliche Preise. Um das zu bekommen, ist allerdings Druck nötig – aber wo ist das schon anders?

## Vor 80 Jahren begann der Terror – auch in Ehrenfeld

Vor 80 Jahren, am 30. Januar 1933, begann der wahrscheinlich mörderischste Teil der deutschen Geschichte – die Diktatur der Partei, die sich selbst als „nationalsozialistisch“ bezeichnete, obwohl sie nicht national und schon gar nicht sozialistisch war. Im Gegenteil: Sozialisten und alle diejenigen, die gegen die Nazis waren, wurden verfolgt, gefoltert und ermordet. Und der Versuch, Europa zu versklaven, endete dank der Gegenwehr der Völker mit der totalen Niederlage der Nation, in deren Namen der Raubkrieg geführt wurde.



Aber die Nazis waren 1933 nicht vom Himmel gefallen. Sie versuchten auch nicht, sich zu verstellen, sondern sagten offen, was sie

planten. „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“, hatte die Kommunistische Partei Deutschlands schon Ende der zwanziger Jahre vorhergesagt. Als bei den Wahlen im November 1932 der Stimmenanteil der NSDAP kräftig sank, wurde es für diejenigen, die sich von einer Naziregierung, von der Unterdrückung der Gewerkschaften und Arbeiterparteien, von Aufrüstung und Krieg enorme Gewinne versprochen, Zeit, etwas zu tun: Am 4. Januar 1933 trafen am Kölner Stadtwaldgürtel im der Villa des Bankiers Freiherr von Schröder der Reichskanzler von Papen mit Adolf Hitler zusammen und vereinbarten eine gemeinsame Regierung aus Nazis und Konservativen. Die Macht wurde von Hitler nicht ergriffen, sondern in seine Hände gelegt. Unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 begann der faschistische Terror. Er richtete sich gegen die politische Opposition, in erster Linie gegen die Kommunisten, die vergeblich zum Generalstreik aufgerufen hatten, dann auch gegen Sozialdemokraten, Gewerkschaften, Liberale, aufrechte Christen und gegen

alle die, die nach den Wahnvorstellungen der Nazis als „rassisch minderwertig“ galten. Auch in Köln wurden hunderte Menschen verhaftet, geprügelt, gequält und ermordet, u.a in dem SA-Lokal Leobau in der Ehrenfelder Philipppstraße 37. Und 1933 war erst der Auftakt: 1938 wurde, wie in ganz Deutschland, die Synagoge in der Körnerstraße geplündert und verbrannt, und in der Sömmeringstraße 57 am 10 November 1938 ein jüdischer Friseur so misshandelt, dass er seinen Verletzungen erlag. Am 25. Oktober 1944 wurden am Bahndamm in der Hüttenstraße 11 Zwangsarbeiter öffentlich ermordet; am 10. November an der gleichen Stelle 13 deutsche Antifaschisten, unter ihnen sechs Jugendliche. Am Tag der Befreiung, in Köln rückten US-Truppen bereits im März 1945 ein, war Köln ein Trümmerfeld, aus dem die meisten Einwohner geflüchtet waren. Das hatten die Nazis und ihre Finanziere aus den Kreisen des Großkapitals vollbracht.

In der Elsasstraße hatten am 3. März 1933 die Bewohner, in ihrer Mehrheit Arbeiterinnen und Arbeiter, versucht, einen provokativen SA-Aufmarsch zu verhindern, in dem sie die braunen Kolonnen mit Wurfgeschossen wie Blumentöpfen, Nachttöpfen und Mülleimern attackierten. Die SA-Leute mussten fliehen, kamen aber mit Polizeiunterstützung wieder und verhafteten mehr als 70 Personen. Viele wurden ermordet.



Vor 80 Jahren in der Elsasstraße

Auch heute müssen wir alles tun, um rechter und rassistischer Propaganda, auch wenn sie sich wie

bei „pro Köln“ als bürgerlich und seriös tarnt, entgegen zu treten.

*Gemeinsam gegen Rassismus und Faschismus!*

## PLEASE DON'T STOP THE MUSIC – PARTY STATT PROFITE!

Die GEMA – was ist das überhaupt? Die Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte vertritt laut eigener Definition die Nutzungsrechte von z.B. Musikern, Komponisten und Dichtern, die in ihr Mitglied sind. Wird nun zum Beispiel ein Song öffentlich aufgeführt, werden Vergütungen an die GEMA abgedrückt, diese schüttet die Gelder dann nach einem komplizierten und undurchsichtigen Verteilerschlüssel an ihre Mitglieder aus. Dieser Verteilerschlüssel ist derart ungerecht und teilweise willkürlich, dass bei den Künstlern, die die GEMA ja gerne vorschiebt, so gut wie gar nichts ankommt.

Profitieren tun nur die Konzerne, wie zum Beispiel die Plattenfirmen. Das ist in der Geschichte der GEMA selten anders gewesen. 1933 wurde aus der 1915 gegründeten GEMA die STAGMA, ein Goebbels-Kind. Mit der GEMA in der Hand der NS-Kulturaufsicht hatte der Reichspropagandaleiter leichtes Spiel. Alle Musiker, Dichter und Verleger mussten sich in einer Zentrale registrieren; unerwünschtes Kulturgut zu verbannen war nunmehr eine Leichtigkeit und

Dieses Video ist in Deutschland nicht verfügbar, weil es möglicherweise Musik enthält, für die die erforderlichen Musikrechte von der GEMA nicht eingeräumt wurden.

Das tut uns leid



*Nur ein Beispiel für die Auswirkungen der GEMA-Profitsucht*

nebenbei ließ sich ein Teil der STAGMA-Einkünfte für propagandistische Zwecke abzweigen. Nach dem II. Weltkrieg führte die STAGMA ihre Arbeit fort, ab 1947 allerdings wieder unter der Bezeichnung GEMA.

Nun gibt es auch noch eine GEMA-Tarifreform. Soll heißen, 11 Tarife werden auf zwei zusammengekürzt und die Preise werden um im Schnitt 400% (Spitzensatz: +1200%) erhöht.

Dazu ein Rechenbeispiel: Stellen wir uns eine mittelgroße Disco vor, mit zwei Dancefloors à 400m<sup>2</sup> und 300m<sup>2</sup>. Die GEMA-Gebühren für eine solche Räumlichkeit erhöhen sich mit der neuen Tarifreform von 21.553€ auf 147.916€ pro Jahr.

Feiern wird für uns damit unbezahlbar, denn auf irgendwen müssen die erhöhten GEMA-Gebühren schließlich umgelegt werden. Für die Betreiber von Discotheken und sonstigen Einrichtungen kann dies das schnelle Aus bedeuten.

GEMA-Gebühren selbst für Musik auf einem Straßenfest oder eine private Geburtstagsparty bezahlen? Das kann nicht unsere Zukunft sein! Jugendzentren und öffentliche Plätze für Jugendliche werden sowieso schon überall weg gespart, für unter 18-Jährige gibt es fast gar keine Möglichkeiten, anständig feiern zu gehen. Jetzt werden uns sogar auch

noch die kommerziellen "Möglichkeiten" zum Feiern genommen, indem die GEMA ihre Monopolstellung nutzt und letztendlich den Jugendlichen das Geld aus der Tasche zieht.

Wir sagen: NEIN zu diesen unverhältnismäßigen Erhöhungen! Konzerne zur Kasse, nicht wir! Wir fordern:



- **EINEN FAIREN VERTEILERSCHLÜSSEL, DER AUCH DEN KÜNSTLERN NUTZT!**
- **KEINE UMWÄLZUNG DER TARIFREFORM AUF UNS!**
- **GEMA UNTER STAATLICHE KONTROLLE – ZU UNSEREM SCHUTZ, DEM UNSERER PARTYLOCATIONS UND DER MUSIKER!**

## **FRAUENTAG AM 8. MÄRZ!**

1910 beschloß der Kopenhagener Sozialistinnenkongress die Einführung eines Internationalen Frauentages. Ein Jahr später gab es die ersten Demonstrationen am „Kampftag für die Einführung des Frauen-Wahlrechts“. Einige Jahre später wurde der 8. März als weltweit geltender Internationaler Frauentag etabliert, an dem für die Rechte der Frauen – nicht nur auf das Stimmrecht – demonstriert und gestritten wurde und wird. Zum Weltfrauenmarsch 2009 wurde die Losung erweitert als

„Tag gegen Gewalt, gegen Patriarchat und Kapitalismus, gegen Rassismus und Krieg, für Frieden Selbstbestimmung und Würde“. Und leider ist es immer noch nötig, Frauenrechte und -würde einzufordern, wie die aktuellen Forderungen nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit, mehr Einfluß von Frauen in Leitungsgremien der Politik und Wirtschaft und die Ächtung von Gewalt gegen Frauen zeigen. Das Frauenwahlrecht brauchte übrigens noch ziemlich lange, bis es Eingang in die Verfassungen der Staaten dieser Welt fand.

# DAS STÄDTISCHE KÜRZUNGS-PROGRAMM WIRD ALLE TREFFEN.

Beide Ehrenfelder Bürgerzentren sollen Einschnitte hinnehmen.

Dem Bürgerzentrum Bocklemünd droht sogar die Schließung. Auch für die beiden „Sozialräume“

Bickendorf/Ossendorf sowie Bocklemünd wird es weniger Geld geben. In Bocklemünd sind 14 Projekte gefährdet. Dabei geht es beispielsweise um Lernförderung

für Grundschüler, eine Ausbildungsbörse und einen Seniorennachmittag. Dabei handelt es sich um vergleichsweise kleine

Summen, 20 000 Euro pro Sozialraum. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld selbst soll ebenfalls

sparen. Dagegen wendet sie sich. Sie will Kürzungsmaßnahmen bei der kulturellen und der sozialen Arbeit im Stadtteil nicht hinnehmen

Aber nicht nur in Ehrenfeld gibt es Proteste.

Das Humboldt-Gymnasium bietet bisher die „Mittagspause Plus“ an. Über 300 Schüler nutzen dieses Angebot. Jetzt werden 50 000 Euro

gestrichen. Der Förderverein der Übermittagsbetreuung protestiert. Das Betreuungskonzept drohe zusammenzubrechen, sagt Ulrike Froleyks vom Vorstand des Trägerverein Humboldt-Ring.

Die Standards bei der Maßnahme „Mittagspause Plus“ sollen in ganz Köln gesenkt oder überhaupt auf die Übermittagsbetreuung verzichtet werden. Das soll



in 2013 erbringen, ab 2014 etwa 1,3 Millionen Euro. Die Begründung: es wird unterstellt, daß die steigende Versorgungsquote im gebundenen Ganztagsbereich den Bedarf mindert.

Die Stadtkämmerin Gabriele Klug will 160 000 Euro bei der Einschulungshilfe einsparen. Diese Einschulungshilfe wurde erstmalig 2009 gewährt, zufällig im Jahr vor der Kommunalwahl.

Kinder von Köln-Pass-Inhaberinnen und -Inhabern konnten bei der Einschulung einen einmaligen Zuschuss von bis zu 160 Euro für die Anschaffung von Schulmaterialien bekommen. Diese Summe kommt den tatsächlichen Kosten für eine Erstausrüstung nahe.

Diese Einschulungshilfe ist schon im nächsten Jahr gekürzt worden. Auf 100 Euro. Jetzt soll sie ganz verschwinden. Was bedeutet das für die Kinder und deren Eltern? Sollen sie ihre Schulmaterialien wieder verkaufen?

Köln-Pass-Kindern droht Hunger. Die Stadt will das Mittagessen nicht

erbringen, ab 2014 etwa 1,3 Millionen Euro. Die Begründung: es wird unterstellt, daß die steigende Versorgungsquote im gebundenen Ganztagsbereich den Bedarf mindert.

Die Stadtkämmerin Gabriele Klug will 160 000 Euro bei der Einschulungshilfe einsparen. Diese Einschulungshilfe wurde erstmalig 2009 gewährt, zufällig im Jahr vor der Kommunalwahl.

